

An den

Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND

Per E-Mail an sina.doughan@gruene-jugend.de und karl.baer@gruene-jugend.de

Fragen der GRÜNEN JUGEND

Liebe Sina, liebe Freia, liebe Dimitra, liebe Alexandra, liebe Theresa, liebe Timeela

Lieber Karl, lieber Jens, lieber Felix, lieber Felix,

hiermit übersende ich Euch meine Antworten auf Eure Fragen.

Mit herzlichen Grüßen



WAHLKREIS- UND REGIONALBÜRO
LANGE GEISMARSTR. 73
37073 GÖTTINGEN

+49 551 531-60 90

+49 5551531-5460

JUERGEN.TRITTIN@WK.BUNDESTAG.DE

BÜRO BERLIN

PLATZ DER REPUBLIK 1

11011 BERLIN

+49 30 227-72247

+49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIN@BUNDESTAG.DE

WWW.TRITTIN.DE

1. *Die GRÜNE JUGEND fordert eine Verkürzung der Schutzfristen im Urheberrecht auf 20 Jahre. Wie lange nach der Veröffentlichung eines künstlerischen Werkes sollte es deiner Meinung nach vor der freien Weiterverarbeitung und Nutzung „geschützt“ sein, um der/dem KünstlerIn und seinen/ihren VertragspartnerInnen in der Verwertungsindustrie ein Einkommen zu sichern?*

An den bestehenden Schutzfristen will ich nicht rütteln. 20 Jahre sind zu kurz. Ich kenne viele KünstlerInnen. Für sie und ihre Familien sind ihre Werke die einzige Altersvorsorge und die Versorgung für Hinterbliebene. Bei einer Verkürzung oder gar Abschaffung der Schutzfristen stehen sie andernfalls schnell vor dem Nichts, obwohl sie ihr Leben lang hart kreativ gearbeitet haben. Wir sind auch sonst gegen prekäre Arbeit – davon können Kreative nicht ausgenommen werden.

2. *Im Haushalt des Beauftragten für Kultur und Medien der Bundesregierung sind jährlich 5.000.000€ für die Feierlichkeiten in der Dekade rund um das Reformationsjubiläum 2017 eingeplant. Aus dem Haushalt des Auswärtigen Amts fließen jährlich 2.000.000€ für Auslandskulturarbeit und Missionsarbeit an die beiden großen Kirchen. Wirst du dich dafür einsetzen, dass diese Ausgaben von Steuergeldern unter einer rot-grünen Bundesregierung beendet wird?*

Nein. Die Reformation ist eines der herausragenden Ereignisse deutscher Geschichte. Ihr Jubiläum geht nicht nur die Kirchen oder die Christen an. Und mit den Mitteln der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik werden z.B. auch deutsche Auslandsschulen, Städtepartnerschaften, internationale Begegnungen von Jugendlichen, StudentInnen und WissenschaftlerInnen sowie der Austausch von KünstlerInnen und JournalistInnen gefördert. Also kein Grund zur Aufregung.

3. *Würdest du dich als SpitzenkandidatIn für eine echte Bundeskompetenz in der Bildungspolitik einsetzen?*

Die meisten Eltern wünschen sich das. Alle Landespolitiker – auch die Grünen sind dagegen. Diese Verfassungsänderung wird es nicht geben. Deshalb wird man versuchen müssen mit kleineren Maßnahmen weiter zu kommen. Also bundesweit einheitliche Lernstandards und die Aufhebung des Kooperationsverbots.

4. *Wenn die Bundestagsmehrheit eine Vorlage der Bundesregierung ablehnt, ist das zwar ein völlig normaler demokratischer Vorgang, wird aber oft als Katastrophe für die Regierung bewertet. Was tust du, damit sich das ändert und die Abgeordneten gegenüber der Regierung gestärkt werden?*

Das deutsche politische System sieht eine Parlamentsregierung vor, die sich auf eine handlungsfähige Mehrheit im Bundestag stützen können muss. Eine Regierung, die diese nicht mehr hat, hat ein gewaltiges Problem. Für die Rechte der Abgeordneten auch gegenüber der Regierung haben wir schon in dieser Legislatur einiges erreicht: Auf unsere Klagen hin hat das Bundesverfassungsgericht in den vergangenen Jahren mehrfach die Rechte des Parlaments verteidigt und sogar ausgebaut. Kein anderes Parlament in Europa muss, gerade bei europäischen Entscheidungen, so umfassend informiert, gehört und beteiligt werden. Das passt der schwarz-gelben Regierung gar nicht in den Kram und so kommt es immer wieder zu Verfassungsverstößen. Das muss sich ändern.

5. *Die GRÜNE JUGEND fordert die Abschaffung der Paragraphen 90a, 129a und 166 im Strafgesetzbuch. Wie stehst du dazu?*

90a StGB, die Verunglimpfung staatlicher Symbole, ist verzichtbar. 129a StGB ist eher eine Ermittlungsermächtigung als ein Tatbestand. Er ist in seiner Anwendung zu begrenzen. Den 166 StGB würde ich – obwohl ich Atheist bin – ebenfalls nicht abschaffen. Er schützt nämlich nicht die Religion vor Beschimpfungen sondern den öffentlichen Frieden. Genau diese einschränkende Formulierung, wollen Fundamentalisten verschiedener Religionen immer wieder streichen – das würde aber das Glaubensbekenntnis über die Meinungsfreiheit stellen. Deshalb muss man dies deutlich zurück weisen..

6. *Als GRÜNE JUGEND fordern wir schon lange die Abschaffung der Wahlaltersgrenzen. Viele unserer Mitglieder sind unter 14, einige sogar unter 12. Sie diskutieren, demonstrieren und kämpfen für ihre Überzeugungen. Wie erklärst du einem/r dieser AktivistInnen, wieso sie erst in neun Jahren das erste Mal wählen dürfen?*

Weil wir in einem ersten Schritt nicht mehr als die Absenkung auf 16 Jahre werden durchsetzen können. In den Ländern haben wir bewiesen, dass wir das durchziehen.

7. *Das Versagen der Verfassungsschutzämter, insbesondere in der Bekämpfung rechter Gewalt, ist offenkundig. Als GRÜNE JUGEND sehen wir Inlandsgeheimdienste generell als nicht vereinbar mit Demokratie und Rechtsstaat und fordern die Abschaffung der Verfassungsschutzämter. Wie stehst du – unabhängig von den neuesten Erkenntnissen in Bezug auf den NSU – zu Inlandsgeheimdiensten und was sind deine Vorstellung von der zukünftigen Sicherheitsarchitektur in Deutschland?*

Ich bin für die Auflösung von Verfassungsschutz und die Abschaffung des MAD. Wir müssen die Befugnisse eines neuen Inlandsgeheimdienstes auf gewaltbereite politische Einstellungen begrenzen. Die Gesinnungsschnüffelei zur Linken muss ein Ende haben. Ganz ohne Inlandsgeheimdienst geht es aber nicht: denn die Vorfeldbeobachtung von gewaltbereiten Extremisten möchte ich – wegen des historisch gut begründeten Trennungsgebotes von Geheimdiensten und Polizei – nicht wie in anderen Ländern der Polizei übertragen. Da aber würde sie bei einer Abschaffung eines Inlandsgeheimdienstes zwangsläufig landen.

8. *Oftmals wird in der Debatte der Legalisierung von sogenannten „weichen“ und „harten“ Drogen gesprochen, wie stehst du zu einer derartigen Kategorisierung und zur Legalisierung von Drogen?*

Der internationale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Wir brauchen eine andere Strategie. Prävention und Therapie statt Repression und Kriminalisierung. Dieses mindert den Nachfragedruck – und damit die horrenden Profite der internationalen Dealer. Hinzukommen müssen Bereiche des Freiverkaufs sogenannter weicher Drogen sowie eine kontrollierte Abgabe sogenannter harter Drogen. Damit werden nicht alle Drogen legalisiert, aber entkriminalisiert.

9. *Erst 2006 verbot die Große Koalition die psychoaktive Pflanze Salvia Divinorum, die in unseren Breiten wie Unkraut wächst. Was spricht dagegen, sie wieder zu legalisieren und wie stehst du insgesamt zur gängigen Praxis, im Betäubungsmittelgesetzes in Form einer Whitelist nicht nur Wirkstoffe, sondern auch (Teile von) Pflanzen und Pilze für illegal zu erklären?*

Die Whitelist sowie Verbote von bestimmten Stoffgruppen sind der falsche Weg und rechtlich fragwürdig. Wir brauchen eine grundsätzliche Reform des Betäubungsmittelrechts und der Drogenpolitik. Immer weiter ausufernde Illegalisierung und Kriminalisierung führen nicht weiter. Sinnvoller sind Freiverkauf und kontrollierte Abgabe, damit kein Schwarzmarkt mit Panschern entsteht.

10. Wie stehst du zu Alkoholverboten im öffentlichen Raum, wie sie zum Beispiel die Grünen Bürgermeister von Tübingen und Freiburg forcieren?

Solange Bürger in teuren Straßencafés Hugo und Prosecco schlürfen dürfen, sollen auch Studis Bier vom Späti auf der Straße trinken können.

11. Mit dem Ende des Kalten Kriegs ist die NATO obsolet, sie ist auf militärisches Eingreifen ausgerichtet und steht unseren Vorstellungen einer demokratischen Welt im Rahmen der UNO entgegen. Die Forderung der GRÜNEN JUGEND nach der Auflösung der NATO war bis 1998 auch Teil des Grünen Programms. Was hat sich 1998 geändert und wie stehst du dazu?

Von Anhängern wie Kritikern wird völlig überschätzt, was die NATO kann. Die NATO kann eine sinnvolle Institution sein – wenn sie sich auf ihre Kernaufgabe, die Herstellung kollektiver Sicherheit – konzentriert. Das geht nur zusammen mit den USA und mit Russland, deshalb sollte es langfristig die Perspektive einer Mitgliedschaft von Russland geben. Nur dann ist ein Raum gemeinsamer Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok möglich.

12. Als GRÜNE JUGEND lehnen wir nationalstaatliche Konstrukte und die dazugehörigen Staatsangehörigkeiten generell ab und wollen diese abschaffen. Zur Demokratie gehört ein Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen. Doch zur Zeit können viele Millionen Menschen, die in Deutschland leben nicht mitwählen, da sie keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Was brauchen wir aus deiner Sicht, um diesen Missstand endlich zu beseitigen?

Wir setzen uns seit langem für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer ein. Menschen, die teilweise seit Jahrzehnten bei uns wohnen, aber aus verschiedenen Gründen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen wollen oder können, müssen sich trotzdem an der Kommunalpolitik beteiligen können. Ausländerbeiräte reichen dafür nicht aus. Eine Abschaffung von Staatsangehörigkeiten und ein Bundeswahlrecht ohne deutschen Pass lehne ich ab. Aber die Hürden für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit müssen gesenkt und zum Beispiel der Optionszwang endlich abgeschafft werden.

13. Aktuell wird über die Anschaffung von waffenfähigen und/oder bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr nachgedacht. Ist die Anschaffung deiner Meinung nach sinnvoll bzw. notwendig?

Der Verteidigungsminister konnte bis jetzt nicht mal erklären, wofür die Bundeswehr solche Drohnen überhaupt braucht. Das Argument, dass andere Staaten auch welche haben, ist nun wirklich nicht überzeugend. Diese Waffen senken die Schwelle für den Einsatz kriegerischer Gewalt, wie wir am kontraproduktiven Einsatz von Kampfdrohnen durch die USA etwa in Pakistan sehen können.

14. *Wie stehst du zur Vision einer europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik, also auch der Auflösung der Bundeswehr zu Gunsten eines europäischen Militärs?*

Wie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik bin ich auch in der Friedens- und Sicherheitspolitik für mehr Harmonisierung auf europäischer Ebene. Auch in der Außenpolitik muss künftig die Mehrheitsentscheidung von Rat und Parlament und nicht mehr Einstimmigkeit gelten. Ein europäisches Militär halte ich aber mittelfristig für nicht realistisch, allein schon, weil die notwendigen Strukturen dafür noch nicht weit genug entwickelt sind und die europäischen Institutionen noch gestärkt werden müssen. Der parlamentarischen Kontrolle kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Wie derzeit der Deutsche Bundestag über den Einsatz deutscher Soldatinnen und Soldaten im Ausland entscheidet, müsste das Entscheidungsrecht über den Einsatz einer europäischen Armee auch bei einem stärkeren europäischen Parlament liegen. Deshalb bin ich dafür, nicht den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun.

15. *Wieso ist es legitim, dass jemand ein Mietshaus besitzt und von der Miete lebt, nur weil eineR seiner/ihrer Vorfahren das Haus schon besessen hat?*

Weil man zuvor Erbschaftssteuer dafür bezahlt hat – und zwar sobald wir mitregieren, also ab 2013, doppelt so viel wie bisher.

16. *Die Staatsschulden werden immer mehr, das private Vermögen auch und die Zahl der Menschen, die von Armut betroffen oder davon bedroht sind, steigt. Auf dem letzten Parteitag haben wir einen Beschluss zu 49% Spitzensteuersatz ab 80 000 Euro Brutto-Jahreseinkommen gefasst. Die SPD hat die selbe Höhe bei 100 000€ Bruttogehalt beschlossen. Denkst du, dass es klug ist, in eine Verhandlung mit dem Wunsch-Koalitionspartner schon so tief einzusteigen, und bräuchten wir in der derzeitigen Lage nicht eigentlich eine höhere Besteuerung?*

Ich mache meine Positionen nicht abhängig von zukünftigen Koalitionspartnern. Die Entscheidungen für einen Spitzensteuersatz von 49% ab 80.000 € und einer Entlastung aller Steuerzahler unter 60.000 durch Anhebung des Freibetrags ist in der Sache richtig – der Kampf für eine weitere Satz Erhöhung lohnt sich nicht, denn er bringt kaum weitere Einnahmen.

17. *Die letzte rot-grüne Regierung hat arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch ziemlich viel falsch gemacht. Wo waren wir damals als Grünen? Hatten wir zu wenig Ahnung von dem Thema oder waren wir von einem neoliberalen Zeitgeist geblindet?*

Rot-Grün hat umwelt- und gesellschaftspolitisch viel richtig gemacht, was bis heute anhält. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe war richtig. Sie hat verdeckte Armut offenbart. Aber dabei sind Fehler gemacht worden, die behoben werden müssen. Der größte war, dass es bis heute keinen gesetzlichen Mindestlohn und keine Regeln für die Zeitarbeit gibt. Falsch war diejenigen, die viel leisten können, auch bei der Finanzierung dieser Strukturreform nicht heran zu ziehen. Das auch tun. Damit verlor die linke Mitte in Deutschland die Mehrheit. Deshalb war richtig dies unter anderem mit dem grünen Steuerkonzept in Kiel zu korrigieren.

18. *Tierhaltung ist meistens klimaschädlicher und verbraucht mehr Land und Wasser als die Produktion pflanzlicher Lebensmittel. Unsere Bundeskongresse sind*

vollkommen vegan. Was tust du dafür, dass bei den Grünen eine Bewusstseinsveränderung stattfinden kann? Würdest du vegetarische Parteitage befürworten?

Die industrielle Massentierhaltung ist schlecht für das Klima, für die Tiere und für die Verbraucher. Sie müssen wir beenden etwa in dem wir die Privilegierung beim Baurecht und die Subventionierung dieser Industrie beenden sowie Tier-schutzlabels für Fleischprodukte einführen.

Wer ganz auf Fleisch verzichten will soll das tun und muss dazu auch in Kantinen und Stadthallen eine Chance haben. Die Praxis der vegetarischen Parteitage in Niedersachsen belegt, dass es nicht ausreicht auf Fleisch zu verzichten. Man muss auch vegetarisch kochen können, Dazu sind die wenigstens Caterer offensichtlich in der Lage. Ganz auf Fleisch sollten wir als Gesellschaft nicht. Das hätte für viele Landschaften in Deutschland verheerende Auswirkungen– denn dieses sind Kulturlandschaften, die seit Jahrhunderten von der Viehhaltung geprägt sind.

19. In letzter Zeit ist in der Bundestagsfraktion immer wieder von „Grünem Wachstum“ die Rede. Als GRÜNE JUGEND glauben wir, dass Wachstum kein Ziel Grüner Politik sein sollte, weil die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch nicht funktioniert. Und selbst wenn einzelne Branchen noch wachsen müssen – müsste die Wirtschaft insgesamt nicht eher schrumpfen oder sich stabilisieren, damit wir den einen Planeten erhalten können?

Ohne ökonomisches Wachstum werden die gigantischen Probleme, vor denen Spanien, Griechenland oder Portugal stehen, unlösbar. Auf Wachstum hoffen dort alle die Millionen jungen Menschen, die derzeit arbeitslos sind. Wir Grüne müssen dafür sorgen, dass wirtschaftliches Wachstum nachhaltig ist. Eine absolute Entkopplung zwischen volkswirtschaftlichem Wachstum und Material- und Ressourcenverbrauch ist selbstverständlich möglich. Doch müssen dafür in allen Bereichen ökologisch motivierte und berechnete, strikte und ambitionierte absolute Grenzen für Emissionen und Ressourcenverbrauch festgelegt werden, die die technologische Entwicklung vorantreiben und Reboundeffekte begrenzen. Ressourceneffizienz wird so zur Folge von Emissionsbegrenzungen und nicht zum Ersatz. So etwas gibt es natürlich nur mit Grünen an der Regierung.

20. Die Konservativen sprechen oft in einem Atemzug von Links- und Rechtsextremismus. Wir halten die Extremismustheorie für Unfug. Wir bewerten nicht die Entfernung einer Einstellung von der demokratischen Mitte, sondern ihren Gehalt. Gewalt und Rassismus sind eine Gefahr – egal wo sie sich finden. Der Wunsch, den Kapitalismus abzuschaffen, dagegen ist in der Demokratie kein Problem. Oder?

Die Extremismustheorie ist eine wissenschaftliche eher schwache Theorie. Ansonsten kann sich jeder wünschen, was er will. Wenn der Kapitalismus mit Gewalt abgeschafft werden soll, ist das eine Gefahr für die Demokratie. Wer genügend Gleichgesinnte zusammen bekommt, um den Wunsch auf demokratischem Weg in die Tat umzusetzen, handelt demokratisch – über die Erfolgsaussichten kann man streiten.

21. Die GRÜNE JUGEND akzeptiert alle sexuellen Vorlieben. Wir lehnen jede Repression, Diskriminierung oder Bevorzugung einzelner Formen der gemeinsamen Liebe, Sexualität und Verantwortung füreinander ab, solange die Ausübung sexueller Handlungen zweifelsfrei im mündigen Einverständnis aller Beteiligten

vollzogen wird. Das Inzestverbot in Deutschland ist ein krasser staatlicher Eingriff in die Privatsphäre und die selbstbestimmte Lebensgestaltung von Menschen. Seine Auswirkungen und seine Begründung sind gruselig. Wir fordern endlich seine Abschaffung und sehen eine selbstbestimmte Wahl der Partnerschaft als Teil einer freien Gesellschaft. Wie stehst du dazu?

Der Staat kann – so der europäische Gerichtshof – ein Inzestverbot erlassen, aber er muss es nicht. Moralische Vorstellungen sollten nicht mit dem Strafrecht durchgesetzt werden.

22. *Bist du PatriotIn?*

Ich bin für das Grundgesetz und ansonsten Werder-Fan.